

Programm

Mit der Tagung werden wir uns den Perspektiven einer Behörde widmen, um die sich sehr grundsätzliche, aber aktuell auch sehr konkrete Diskussionen um «Extremismus», Demokratieverständnis und Ausformungen demokratischen Handelns in Sachsen und in Deutschland gruppieren.

Der Verfassungsschutz ist in der Bundesrepublik geschaffen worden, um «unsere Demokratie mit einem umfassenden Schutzsystem effektiv gegen Verfassungsfeinde wachsam abzusichern» (vgl. Selbstdarstellung LfV Sachsen). Dabei setzt die Behörde nachrichtendienstliche Methoden ein, um «verborgene Absichten» der Feinde der Demokratie «frühzeitig» zu erkennen.

Schon lange gibt es eine prinzipielle Kritik und die Frage, ob nicht ein Inland-geheimdienst einer liberalen, menschenrechtsorientierten und gefestigten Demokratie zuwider läuft und mittelfristig abgeschafft werden muss. Die Versäumnisse und Pannen der Verfassungsschutzämter, aktuell sichtbar geworden durch die Entdeckung der neonazistischen Terrorgruppe «NSU» haben die Debatten um die Notwendigkeit der Behörde neu entfacht.

Im Vordergrund steht dabei das Versagen des Verfassungsschutzes bei der Einschätzung rechtsterroristischer Gefahren und bei der Verfolgung des sogenannten NSU, aber auch die Finanzierung neonazistischer Gruppen mittels öffentlicher Mittel via V-Leute. Es scheint sich zu zeigen, dass seitens der Behörde der Schutz von V-Leuten in der neonazistischen Szene höhere Priorität hatte, als die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten. Mit Entsetzen muss festgestellt werden, dass die Verfassungsschutzämter nicht willens oder nicht in der Lage sind, transparent und nachvollziehbar zu arbeiten und sich der Kontrolle durch die Parlamente zu unterwerfen. Kritisiert werden sollen auch eine kategoriale Grundlage der Arbeit dieser Behörden: Der Extremismusan-satz, der ganz offensichtlich nicht geeignet ist, Gefahren für die Demokratie zu beschreiben, sondern im Gegenteil selber zur Gefahr für sie geworden ist. Und deutlich wird aber auch einmal mehr die Frage, ob geheimdienstliche Mittel überhaupt sinnvoll und notwendig sind, Demokratie gefährdende Tendenzen in der Gesellschaft zu ermitteln. Grundsätzlich muss vor diesem Hintergrund und dem gesetzlichen Rahmen des VS auch gefragt werden, woher die Behörde ihren Bildungsauftrag in Schulen und Jugendeinrichtungen ableitet.

Die Konsequenzen aus diesen kritischen Sichtweisen schwanken zwischen Reformen und Abschaffung der Ämter.

In unserer Tagung wollen wir - ausgehend von einer Beschäftigung mit Aufgaben, Strukturen, Kontrolle, möglichen Erfolgen und offensichtlichen Misserfolgen des Verfassungsschutzes aus bundesdeutscher und sächsischer Perspektive diese Aspekte mit Expert_innen und Politiker_innen diskutieren. Kritisch werden in Panels und Workshops die Bildungsarbeit und die parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschutzämter beleuchtet und die ersten Zwischenergebnisse der parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse diskutiert. Dabei sollen Fragen zu Demokratieverständnis und Extremismus-Ansatz ins Verhältnis zu Rollen und Aufgaben des Verfassungsschutzes gesetzt werden.

Wir wollen die neuen Datenregister zwischen Polizei und Geheimdienst beleuchten und Alternativen diskutieren. Wir wollen am Ende der Tagung ein klareres Bild über neue Strukturen zum Monitoring Demokratie gefährdender Tendenzen und Gruppen haben.

Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und das Kulturbüro Sachsen e.V. werden mit neuen Partner_innen die damit vierte gemeinsame Tagung zur Auseinandersetzung mit Fragen zur Demokratie in Sachsen durchführen.

Tagungsort

Die Tagung findet im Deutschen Hygiene-Museum Dresden, Lingnerplatz, im Martha-Fraenkel-Saal im linken Seitenflügel und den umliegenden Seminarräumen statt.

Strassenbahnen:

Linien 10, 13 / Haltestelle Großer Garten / Deutsches Hygiene-Museum

Linien 1, 2, 4, 12 / Haltestelle Deutsches Hygiene-Museum

Anmeldung

Die Zahl der Teilnehmer_innen ist begrenzt. Wir möchten Sie bitten, sich zu dieser Tagung bis spätestens 13.01.2012 anzumelden, am einfachsten per eMail an anmeldung@weiterdenken.de

oder bei Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.

fon 0351 - 49 43 311 / fax 0351 - 49 43 411

Wir senden Ihnen **nach Anmeldeschluss** eine Bestätigung zu.

Kinderbetreuung

Bei Bedarf an Kinderbetreuung teilen Sie uns bitte mit der Anmeldung mit, wie alt das Kind ist/ die Kinder sind. Die Kinderbetreuung wird vor Ort organisiert sein.

Dokumentation

Eine Dokumentation der Veranstaltung mit Beiträgen der Gäste und weiteren Fachleuten wird voraussichtlich im Juni 2013 auf den Internetseiten der veranstaltenden Einrichtungen veröffentlicht. Eine gedruckte Ausgabe ist ebenfalls geplant.

Barrierefreiheit

Marta-Fraenkel-Saal, Workshopräume und Toiletten sind barrierefrei zu erreichen.

Wenn weitere Unterstützung wie Gebärdensprachdolmetschung benötigt wird, bitten wir um Anmeldung mindestens eine Woche vor der jeweiligen Veranstaltung unter 0351 - 49 43 311 oder anmeldung@weiterdenken.de.



Hinweis

Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind Personen, die neonazistischen Organisationen angehören, der neonazistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser zu verweisen.



Wer schützt die Verfassung?

Demokratie und die Zukunft des Verfassungsschutzes

Tagung

Freitag · 1. Februar 2013

09:30 bis 17:00 Uhr

Deutsches Hygiene-Museum Dresden

SEBASTIAN
COBLER
STIFTUNG für Bürgerrechte

kb KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

DGB
Sachsen
Rosa Luxemburg
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN e.V.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN
www.weiterdenken.de

Ablauf

ab 09:00	Anmeldung
09:30	Einführung
09:45	Perspektiven der Verfassungsschutzämter zwischen Reform und Abschaffung
	Impulse und Diskussion
11:30 - 13:00	Workshops und Panels - Runde 1
13:00 - 14:15	Mittagspause
14:15 - 15:45	Workshops und Panels Runde 2
15:45 - 16:15	Kaffeepause
16:15 - 16:30	Zusammenfassungen
16:30	Theatralische Reflexion
17:00	Ende

Plenum

Perspektiven der Verfassungsschutzämter zwischen Reform und Abschaffung

Für den Start der Tagung formulieren unsere Gäste die entgegengesetzten Pole der Diskussion:

Gordian Meyer-Plath leitet seit dem 15. August 2012 nach dem Rücktritt des bisherigen Behördenleiters kommissarisch den sächsischen Verfassungsschutz. Er bezeichnete damals als seine wichtigste Aufgabe, den sächsischen Verfassungsschutz «wieder leistungsfähig zu machen, um die Gefahren des Extremismus so schnell wie möglich wieder voll in Angriff zu nehmen». Er hatte seit 1994 im Brandenburger Verfassungsschutzamt gearbeitet, das eine starke Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit verfolgt. Die Behörde in Sachsen werde sich unter seiner Leitung auf die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus konzentrieren, Offenheit und Prävention ihre wichtigsten Aufgaben. Geheimdienstliche Mittel und V-Leute hält er für unverzichtbar.

Dr. Horst Meier, der gemeinsam mit Claus Leggewie das Buch *Nach dem Verfassungsschutz: Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik* geschrieben hat und darin zugespitzt formuliert: Ein Geheimdienst, der von Anfang an keine sinnvolle Aufgabe hatte, der vielmehr systematisch Skandale hervorbrachte, der notorisch die Bürgerrechte beeinträchtigt und im besten Fall kein Schaden anrichtet, ist überflüssig. Abschaffen, nicht reformieren, verlangen sie. Der Verfassungsschutz habe auch nie als das Frühwarnsystem, für das er gehalten wird, getaugt. «Was die deutsche Demokratie heute ist, wurde sie nicht wegen, sondern trotz des Verfassungsschutzes», lautet das vernichtende Urteil der beiden. Leggewie und Meier schlagen vor, den Verfassungsschutz mitsamt Bundesamt und Landesbehörden innerhalb von fünf Jahren geordnet abzuwickeln.

Dr. Horst Meier, Autor und Journalist
Gordian Meyer-Plath, Präsident des LfV Sachsen

Panel 1a/b

a) Verfassungsschutz und NSU

Nach dem Bekanntwerden der Morde der Terrorgruppe «NSU» im November 2011 hat es Wochen gedauert, bis im Bundestag und in betroffenen Bundesländern Parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingerichtet wurden - in Sachsen bis zum März 2012. Seit dem stehen Abgeordnete und Öffentlichkeit immer wieder fassungslos vor den sich auftuenden Fehlern, Vertuschungen und Ausflüchten. Im ersten Teil diskutieren wir mit unseren Gästen die bisherigen Erkenntnisse. Wie lange werden die Untersuchungsausschüsse arbeiten? Mit welchen Erkenntnissen ist noch zu rechnen? Haben die UA einen Chance das Dickicht der Skandale zu durchdringen? Welche Konsequenzen lassen sich ableiten?

b) Nach dem Verfassungsschutz

Im zweiten Teil der Diskussion fragen wir nach den Perspektiven der Behörden und der bisherigen Aufgaben in neuen Strukturen aus Sicht der Gäste und der Teilnehmenden. Ist eine Reform überhaupt sinnvoll? Was folgt nach einer möglichen Abschaffung der Verfassungsschutzämter? Welche Aufgaben sollen weitergeführt werden und wenn ja durch wen und wie? Wo sind Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Einschätzung der Oppositionsparteien?

Jan Korte, MdB, Die Linke,
Sabine Friedel, MdL Sachsen, SPD, UA Sachsen
Johannes Lichdi, MdL Sachsen, Bündnis90/ DieGrünen, Stellv. UA Sachsen

Panel 2a/b

a) Verfassungsschutz und demokratische Kontrolle

Ist ein Inlandsgeheimdienst mit einer demokratischen Grundordnung überhaupt vereinbar? Lässt sich ein Geheimdienst kontrollieren? Und wenn ja: wie? Im Workshop soll die derzeitige Kontrolle der Verfassungsschutzämter kritisch hinterfragt werden. Es geht darum neue Perspektiven für die Überwachung der Überwacher zu entwickeln und zu zeigen, warum diese in Zukunft funktionieren oder nicht funktionieren könnten.

Sebastian Striegel, MdL Sachsen-Anhalt, Bündnis90/ DieGrünen, PKK
Stefan Brangs, MdL Sachsen, SPD, ehem. PKK

b) Verfassungsschutz und Daten

Die bisherigen Schlussfolgerungen der Regierungsfractionen und Regierungen konzentrieren sich auf eine «effektivere» Arbeit und Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden. Zentrale Register werden eingerichtet, Speicherzeiten verlängert, Zugänge innerhalb der Behörden vereinfacht. Schleichend werden Datenschutzprinzipien verändert und die Trennung zwischen Geheimdienste und Polizei aufgeweicht. Was ist bisher umgesetzt, was ist geplant? Wie müssen diese Schritte politische bewertet werden und was ist zu tun?

Eva Jähnigen, MdL Sachsen Bündnis90/ Die Grünen
Julia Bonk, MdL Sachsen, Die Linke

Workshop 1

Die große Linie - Aufgaben des Verfassungsschutzes und anderer Behörden zum Schutz der Verfassung

Welche Sicherheitsarchitektur im Inland ist in der Bundesrepublik vorgesehen und welche Rolle kommt dabei dem Verfassungsschutz zu? Wie grenzen sich die Aufgabenbereiche des Bundesamtes für Verfassungsschutz von den einzelnen Landesämtern, von anderen Behörden, wie dem MAD, dem BND oder dem polizeilichen Staatsschutz ab? An welcher Stelle arbeitet man zusammen? Welche Erfahrungen, Chancen und Probleme bringt diese Sicherheitsarchitektur mit sich und ist sie ohne einen Verfassungsschutz denkbar? Im Workshop sollen diese Fragen aus sächsischer und bundesdeutscher Perspektive diskutiert werden.

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V.
Prof. Dr. Martin Kutscha, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Workshop 2

Verfassungsschutz und politische Bildungsarbeit

Bildungsarbeit sei nicht der gesetzliche Auftrag des Verfassungsschutzes, meint Friedrich Burschel. Seit Jahren versuchen die Verfassungsschutzämter auch in der politischen Bildungsarbeit Fuß zu fassen. Sie treten in Schulen und Jugendzentren auf, sitzen in Diskussionspanels, beraten Kommunen, Vereine und Institutionen. In einer Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen wird versucht, die Sicht der Ämter zu vermitteln und die Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu verbessern. Gerade auch die Ausstellung des sächsischen Amtes «In guter Verfassung» steht stark in der Kritik. Der Workshop diskutiert solche Kritiken mit den Teilnehmenden und erarbeitet Alternativen.

Anne Mehrer, Forum Kritische Rechtsextremismusforschung
Kathrin Bastet, Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Workshop 3

Monitoring von Demokratiegefährdungen

Was sind reelle Gefährdungen für die derzeitige demokratische Verfasstheit der BRD? Und werden diese durch den Verfassungsschutz erfasst? Im Workshop soll das Monitoring von Bedrohungen der Demokratie untersucht werden. Wie sieht das Monitoring der Verfassungsschutzämter aus und wie könnte so etwas in Zukunft aussehen? Wie könnten demokratiefeindliche Tendenzen kontinuierlich, strukturiert, transparent und unabhängig dargestellt/ dokumentiert werden? Wie könnte ein solches Monitoring so aufgearbeitet werden, dass sich möglichst viele gesellschaftliche Kreise darauf beziehen? Wie können regionale Besonderheiten einfließen?

Kati Lang, Geschäftsführerin der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen e.V.
Johannes Kiess, Universität Leipzig, Mitherausgeber der Studie «Die Mitte im Umbruch»